

# Festvortrag

zur

Gemeinschaftsveranstaltung der Verbände

BVBF Bundesverband Brandschutz-Fachbetriebe e.V.  
Bundesverband Brandschutzfachbetriebe und -Kundendienste (BVBK) e.V.  
BVQS - Bundesverband Qualitätssicherung im vorbeugenden Brandschutz e.V.

anlässlich der Verbändefusion zum

„Bundesverband Brandschutz-Fachbetriebe e.V. i. Gr.“

## „Brandschutz und Politik

-

Überwindung der verbandspolitischen Vielfalt als Herausforderung“



***Kurzfassung des Referates von Dr. Dr. h.c. Peter Spary,***

*geschäftsführendes Vorstandsmitglied des  
Vereins zur Förderung der Wettbewerbswirtschaft e.V.  
und  
geschäftsführendes Präsidialmitglied des  
Wirtschaftsverband Brandschutz e.V.*

*am 26. Mai 2011 in Mainz, Favorite Parkhotel*

# Festvortrag

Beim Zusammenwirken, bei der Zusammenarbeit der brandschutzrelevanten Verbände geht es einerseits um die Überwindung der Zersplitterung, andererseits auch um die Erhaltung der Eigenständigkeit, des eigenen Profils wichtiger Spezialverbände. Das Zusammenwirken aber ist unverzichtbar.

Von Henry Ford stammt die wichtige Erkenntnis

Zusammenkommen ist ein Beginn.  
Zusammenbleiben ist ein Fortschritt.  
Zusammenarbeiten ist ein Erfolg.

Diesen Erfolg haben drei wichtige Verbände aus dem Brandschutzbereich mit Hauptsitz in Kassel durch den Beschluss zur Fusion in die Wege geleitet.

Seit rund einem Jahr sind darüber hinaus wichtige Verbände aus dem Brandschutz und dem Baubereich bemüht, zusammenzuwirken. Als wichtige Etappen dabei kann man festhalten:

Am 24. August 2010 trafen sich im Airporthotel Frankfurt 10 Verbände mit 12 Teilnehmern und beschlossen, weiter an einer gemeinsamen Konzeption zu arbeiten.

Am 09. November 2010 trafen sich in der Berliner Repräsentanz der Firma Bosch 18 Verbände mit 20 Teilnehmern und 2 wichtigen Bundestagsabgeordneten. Ein Positionspapier wurde erörtert und Dipl.-Ing. Ruhe vom FeuerTRUTZ Verlag damit beauftragt, verbandsübergreifend an der Endfassung dieses Positionspapiers unter Einbeziehung der Wünsche der mitwirkenden Verbände tätig zu werden.

Am 24. März 2011 fand dann im Auswärtigen Amt in Berlin in großer Runde zunächst eine interne Abstimmung der Verbände statt, gefolgt dann von der Exportinitiative Brandschutz, eingeleitet durch den Staatssekretär Martin Biesel des Auswärtigen Amtes mit flankierender Unterstützung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und natürlich auch durch das Auswärtige Amt, das ebenfalls für die Außenwirtschaftsförderung zuständig ist.

Zwischenzeitlich ist durch Dipl.-Ing. Ruhe das Positionspapier überarbeitet und allen beteiligten Verbänden zugeleitet. Es ist nicht Endpunkt der Diskussion, sondern Ausgangspunkt für weitere Beratungen, vor allem aber eine wichtige Positionsbeschreibung gemeinsamer Überzeugungen.

Als weitere Schritte sind geplant

- gemeinsame Messeauftritte und Exportreisen, begleitet und unterstützt durch das Bundesministerium für Wirtschaft,
- die Ergänzung des interfraktionellen Parlamentarischen Beirates Brandschutz, der für alle brandschutzrelevanten Verbände Initiativen auf politischer Ebene entfalten soll und
- die Einbringung von parlamentarischen Anfragen, nachdem die Antwort der damaligen Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion am 28.08.2006 in wichtigen Punkten unzureichend war.

# Festvortrag

Vor diesem Hintergrund muss die politische Lobbyarbeit im Bereich Brandschutz weiterentwickelt werden mit dem Ziel, dem Brandschutz ein höheres politisches Gewicht zu verleihen. Dazu ist erfolgreiche Lobbyarbeit unverzichtbar. Erfolgreich ist ein Lobbyist – nach Arno Sölter – immer dann, wenn er

- das Ohr an der Wirtschaft,
- die Nase in der Politik und
- den Mund am rechten Fleck hat.

Der Lobbyist braucht darüber hinaus vielfältige Kontakte, Erfahrungen und Verbindungen, um auf die Gesetzgebung einwirken zu können. Spary hat sein Berliner Büro in der Wilhelmstraße 77. Früher hatte die Reichskanzlei diese Hausnummer Wilhelmstraße 77 unter Otto von Bismarck. Bismarck sagte:

„Wer weiß, wie Gesetze und Würste gemacht werden, der kommt nachts nicht in den Schlaf.“

Die Lobbyarbeit hat sich mit dem Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin natürlich ebenfalls verändert. Sie ist eher noch komplizierter geworden. Die Zahl der Lobbyisten hat sich beachtlich erhöht. Neben den Verbandslobbyisten treten mehr und mehr auch Firmenlobbyisten auf, die insbesondere große Konzerne vertreten. Dessen ungeachtet hat der Verband die höhere demokratische Legitimation, insbesondere dann, wenn er einen hohen Organisationsgrad hat. Zu Anhörungen im Parlament werden in der Regel die Verbände und nicht die Unternehmen eingeladen. In der Lobbyistenliste beim Deutschen Bundestag sind rund 2.000 Verbände eingetragen.

Die Bündelung der Kräfte in einem Verband ist absolut notwendig. Der Verband ist die Nutzenanwendung der uralten Weisheit, „dass ein einzelner Stapel leicht, ein Bündel aber nicht zu brechen ist“ (Arno Sölter). Es kommt an auf die Bündelung der Kräfte. Sie ist unverzichtbar, wenn die Stimme gerade des Mittelstandes gehört werden soll.

Für das Gelingen der Verbandsarbeit sind zwei Dinge entscheidend, das Engagement des Unternehmers im Ehrenamt und die Qualität des Verbandsgeschäftsführers im Hauptamt. Verbände brauchen aktive und glaubwürdigere Repräsentanten sowohl im Ehrenamt wie auch im Hauptamt. Beide Ebenen müssen loyal zusammenarbeiten. Beide Gruppen sind aufeinander angewiesen. Das Ehrenamt, insbesondere der Präsident, hat die Richtlinienkompetenz, er ist eben nicht nur Lautsprecher der Geschäftsführung. Das Hauptamt muss die Sachkompetenz haben, die Ziele und Strategien der Verbandsführung, der Unternehmer also, um- und durchzusetzen.

Mit immer kleiner werdenden Apparaten müssen die Verbände wachsende Aufgaben übernehmen. Die Verbände sehen sich gegenübergestellt

- dem wachsenden öffentlichen Einfluss der Gewerkschaften in den Medien und der Politik,
- dem starken Einfluss der Ministerien und Parlamente und
- dem wachsenden Einfluss der öffentlichen Meinung, die leider nicht immer unternehmensorientiert ist. Die Verbände müssen sich dabei auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

# Festvortrag

Die Mitglieder der Verbände stellen sich natürlich die Frage nach dem Nutzen der Verbandsarbeit. Die Kosten sind allseits bekannt, der Nutzen ist oft schwer zu quantifizieren.

Aber allein der verbandsinterne Erfahrungsaustausch ist von großem Nutzen. Hinzu kommt die notwendige Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, die langfristig, die dauerhaft gestaltet werden muss.

In der parlamentarischen Demokratie sind die Parteien, sind die Parlamente angewiesen auf den praktischen Sachverstand der Unternehmer. Nach Artikel 21 Grundgesetz wirken die Parteien an der politischen Willensbildung mit. Die Verbände wirken auf den Prozess der Willensbildung ein. Ihre Funktion ist in Artikel 9 des Grundgesetzes geregelt, zumindest aber knapp verankert.

Immer mehr sind Verbände auf ein Zusammenwirken in wichtigen Fragen angewiesen, um Durchschlagskraft, um Gegenmacht zu erzeugen. So haben sich in jüngster Zeit 73 Verbände zusammengefunden zum „Pakt für Klimaschutz“, auch mit dem Ziel, die Eckwerte des Bundeshaushaltes 2012 vom 16.03.2011 zu verändern, da diese Eckwerte keinerlei Mittel mehr für Gebäudesanierung vorgesehen haben. Durch den geplanten Wegfall der Förderung für energieeffizientes Bauen und Sanieren ab 2012 würde die bisherige Klimaschutzpolitik der Bundesregierung konterkariert. In der aktuellen Diskussion zeichnen sich bereits Erfolge ab, bedingt durch das Zusammengehen der Verbände, durch die Bündelung der Kräfte und durch den engen Dialog der Verbände mit der Politik. Dieser Weg muss auch in Zukunft gemeinsam weitergegangen und erfolgreich gestaltet werden.

-----